OTS0185 5 II 0299 KMV0001 Mo, 20.Jun 2005

Medien/Kommunales/Vorausmeldung

KOMMUNAL bringt exklusiv alles über den 52.Österreichischen Gemeindetag

Utl.: Gemeinden sind größte öffentliche Investoren mit enormer Innovationskraft =

Wien (OTS) - Die aktuelle Ausgabe des Fachmagazins KOMMUNAL, des größten Fachmagazins für Österreichs Gemeinden und offizielles Organ des Österreichischen Gemeindebundes, bringt auf insgesamt 18 Seiten alles über den 52. Österreichischen Gemeindetag, der Anfang des Monats im burgenländischen Oberwart unter dem Motto "Gemeinden als Bausteine der Republik und als Motoren der Regionen" stattgefunden hat.

"Wir müssen der Öffentlichkeit verdeutlichen, dass es viel Kraft und Anstrengung braucht, um den Bürgern einen umfassenden Service von der Wiege bis zur Bahre zu bieten und ein öffentliches Unternehmen zu führen, das nicht auf ein Fachgebiet spezialisiert, sondern ein "All-inclusive-Laden" mit großer Innovationskraft ist. Die Gemeinden sind zweifellos die Bausteine der Republik, sie sind aber auch der Konjunkturmotor der Region" meint Gemeindebund-Präsident Bgm. Helmut Mödlhammer in seinem aktuellen Kommentar.

Gemeinden investieren 1 Prozent des BIP

Wirtschaftsminister Martin Bartenstein brachte nach Oberwart sozusagen die amtliche Bestätigung für die Behauptung mit, dass Österreichs Gemeinden die mit Abstand größten öffentlichen Investoren sind. Der Minister berichtete von einer offiziellen Statistik, wonach die Gemeinden ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts investieren, der Bund nur 0,7 und die Länder nur 0,5 Prozent des BIP. Bartenstein grundsätzlich zur Rolle der Bürgermeister: "In immer mehr Gemeinden sind heute kommunalpolitische Entscheidungsträger tätig, die sich als moderne Gemeinde-Manager verstehen. Bürgermeister, die in Verwaltung und Gestaltung des Gemeindelebens neue Wege gehen und eine Innovationskraft an den Tag legen, von der manche andere politische Ebene nur träumen kann".

Die aktuelle Juni-Ausgabe von KOMMUNAL berichtet u.a. über den Abschluss der Verhandlungen des Gemeindebundes mit der Post über die Schließung von Postämtern, die neuen Entwicklungen in der Causa Getränkeabgabe und über die Änderungen des Vergaberechts auf EU-Ebene.

Rückfragehinweis:
Österreichischer Kommunal-Verlag Ges.m.b.H.
GF Walter Zimper jun.
Tel.: 01-532 23 88 - 40
E-Mail: walter.zimper.jun@kommunal.at

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS ***

OTS0185 2005-06-20/14:00

201400 Jun 05

APA0438 5 II 0160 Siehe APA0322/03.06 Fr, 03.Jun 2005

Kommunales/Gemeindebund/Burgenland/Fischer/Bartenstein

Gemeindetag: Fischer würdigt Gemeinde-Leistungen beim Wiederaufbau

Utl.: Bartenstein: Regierungs-Maßnahmen für "starken Gemeindestandort" =

Oberwart (APA) - Bundespräsident Heinz Fischer würdigte am Donnerstag beim Gemeindetag in Oberwart die Rolle der Kommunen beim Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg. Die aktuelle Bedeutung der Gemeinden liege in ihrer innovativen Kraft und in der wichtigen Rolle, die die Gemeindepolitik in ihrer Gesamtheit für die Republik spiele. Im Österreich-Konvent sei die Mitarbeit des Gemeindebundes wichtig und wertvoll gewesen, so Fischer. Er stimme auch zu, dass es überlegenswert sei, einzelne Elemente des Konsenses im Verfassungskonvent die Gemeinden betreffend zu einer Initiative zu machen.

Wirtschaftsminister Martin Bartenstein (V) trug den Gemeindevertretern in seiner Festrede die Maßnahmen der Regierung vor, von denen die Kommunen profitieren würden: Die finanziellen Rahmenbedingungen seien - durch die Senkung der Körperschaftssteuer und die Gruppenbesteuerung - verbessert, umfangreiche Investitionen in Infrastruktur getätigt, die Ausgaben für Forschung und Entwicklung erhöht worden. Damit habe die Regierung den Weg auch für einen "starken Gemeindestandort" geebnet.
(Schluss) hcg/dru/mk

APA0438 2005-06-03/14:17

031417 Jun 05

APA0426 5 AI 0268 II *Fr, 03.Jun 2005*

EU/Verfassung/Österreich/Fischer/Bundespräsident

EU-Verfassung - Fischer: Gesamteuropäisches Referendum überlegen

Utl.: Bundespräsident beim Gemeindetag: Referenden in Frankreich und Niederlanden waren "Blitzableiter" =

```
-------------------------------------------------------
--         Diese Meldung wurde korrigiert            --
--      Neufassung in Meldung APA0482 vom  03.06     --
-------------------------------------------------------
```

Oberwart (APA) - Bundespräsident Heinz Fischer hält eine gesamteuropäische Volksabstimmung über die EU-Verfassung eventuell für sinnvoll. Nationale Referenden hätten beträchtliche Nachteile, meinte er am Freitag beim Gemeindetag in Oberwart. Die Tatsache, dass ein solches Referendum nicht vorgesehen sei, sei kein Grund, nicht zu überlegen, ob man eine solche Möglichkeit schaffen sollte. Bei den Referenden in Frankreich und den Niederlanden sei die EU-Verfassung zum "Blitzableiter" für "Unbehagen, Unsicherheit und auch Unzufriedenheit" mit aktuellen Entwicklungen geworden.

Man sollte aber das europäische Projekt "nicht zum Sündenbock" für Unbehagen in anderen Bereichen der Politik machen, sagte Fischer. Die mehrheitliche Ablehnung in Frankreich und Holland richte sich nicht gegen zentrale Anliegen wie die Schaffung einer großen Friedenszone oder Stabilität. Vielmehr zeige sie das Unbehagen angesichts der steigenden Arbeitslosigkeit, abnehmender sozialer Sicherheit und gegen Zustände der Innenpolitik des jeweiligen Landes. Kein Zweifel könne bestehen, dass man auf so eine Meinung reagieren müsse, sagte Fischer.

Das Konzept des Europäischen Verfassungsvertrages habe "gute Argumente auf seiner Seite". Ein "Ja" beim französischen Referendum hätte nicht bedeutet, "dass in Europa Alles und Jedes gut ist", ein "Nein" könne auch nicht bedeuten, dass Alles und Jedes schlecht sei, so der Bundespräsident.

Zur Frage der Volksabstimmungen meinte er, dass Referenden in einzelnen europäischen Staaten beträchtliche Nachteile hätten. So wäre es vergleichsweise etwa möglich, über das Ergebnis des österreichischen Verfassungskonvents nur in Oberösterreich und im Burgenland abzustimmen. Mit gleicher Logik könne man sagen, es sei nicht sinnvoll, über ein gesamteuropäisches Projekt nur in einzelnen europäischen Ländern abzustimmen, so Fischer.
(Schluss) hcg/dru/glw

APA0426 2005-06-03/14:12

031412 Jun 05

APA0322 5 II 0384 Fr, 03.Jun 2005

Kommunales/Gemeindebund

Gemeindetag - Mödlhammer: Einsparungs-Spielraum für Kommunen minimal

Utl.: Nach Jahren "eisernen Sparens" fordert Gemeindebund Umsetzung von Teilergebnissen des Österreich-Konvents =

Oberwart (APA) - Die Bereitschaft der Kommunen zur Mitarbeit an Reformen betonte Gemeindebundpräsident Helmut Mödlhammer heute, Freitag, beim Gemeindetag im burgenländischen Oberwart. Die Kommunen hätten in den letzten Jahren "eisern" gespart, nun sei ihr diesbezüglicher Spielraum aber nur mehr "minimal".

Vor den rund 1.800 Teilnehmern sowie über 200 Ehrengästen forderte Mödlhammer erneut einen ressortübergreifenden Infrastrukturplan für ganz Österreich, der sich nicht nur an ökonomischen Kriterien, sondern auch an den regionalen Gegebenheiten orientieren solle.

Nachdem sich beim Österreich-Konvent die Hoffnungen auf einen gemeinsamen Verfassungsentwurf nicht erfüllt hätten, solle man Materien, über die Einigkeit herrsche, umgehend umsetzen, so der Gemeindebundpräsident. Als Beispiele nannte Mödlhammer eine Bestandsgarantie für Gemeinden gegen "erzwungene" Zusammenlegungen sowie die Absicherung der kommunalen Kernkompetenz in der sozialen Daseinsvorsorge.

Eine Forderung der Gemeinden betreffe auch die Anpassung der Finanzverfassung, in der Gemeinden praktisch nur als Befehlsempfänger vorkämen. Im Rahmen der Diskussion um Wählen mit 16 sei auch sicherzustellen, dass bei Gemeindewahlen auch alle Wahlberechtigte von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen könnten.

Hinsichtlich der Verwaltungsreform orte er bei den Gesprächen die Stoßrichtung "Sparen, sparen, sparen", so Mödlhammer. Eine Reform, die diesen Namen auch verdiene, könne sich nicht auf das bloße Einsparen beschränken. Die Gemeinden hätten etwa beim Personalaufwand bereits "eisern gespart". 80 Prozent der Mitarbeiter seien nicht in der Verwaltung, sondern im Dienstleistungsbereich, etwa in der Kinder- und Altenbetreuung tätig. Zudem seien die Kommunen mit Abstand der größte Investor, das Geld aus den Aufträgen fließe vor allem in die Regionen und zu den Klein- und Mittelbetrieben.

"Alarmierende Nachrichten" kämen von der "Sparfront", so Mödlhammer. Heute werde darüber diskutiert, 50 Bezirksgerichte zuzusperren, das derzeitige Konzept bei der Postämterreform laufe bis 2007, alles deute darauf hin, dass danach noch eine dritte oder vierte Welle von Postamtsschließungen erfolgen könne. Auch, dass die Gendarmeriereform nicht noch weitere Posten die Existenz kosten werde, sei nicht auszuschließen. Dazu kämen noch die drohenden Kasernenschließungen. In all diesen Fällen seien hunderte Arbeitsplätze im ländlichen Raum gefährdet.

Besorgt beobachten die Kommunalpolitiker auch Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes zur interkommunalen Zusammenarbeit. In einer gemeinsamen Resolution mit dem Deutschen Gemeinde- und Städtebund fordere man deshalb die EU-Kommission sowie das EU-Parlament und die nationalen Gesetzgeber auf, durch rechtliche Klarstellungen verschiedene Formen interkommunaler Zusammenarbeit vom Anwendungsbereich des Vergaberechtes freizuhalten.
(Schluss) hcg/me/mk

APA0322 2005-06-03/12:52

031252 Jun 05

OTS0194 5 WI 0917 MWA0002 II Fr, 03.Jun 2005

Finanzen/Bund/Gemeinden/Gemeindebund/Bartenstein

Bartenstein: Bund und Gemeinden sind wichtige Partner für die österreichische Erfolgsstory

Utl.: Festrede zum 52. Österreichischen Gemeindetag in Oberwart/Burgenland =

Wien (OTS/BMWA) - "Die österreichische Bundesregierung und die Gemeinden sind wichtige Partner, um die österreichische Erfolgsstory fortzuschreiben. Dazu gehören vor allem klare Ziele, konsequentes Engagement und die Fähigkeit, die Bürgerinnen und Bürger in die notwendigen Veränderungsprozesse einzubinden." Das betonte Wirtschafts- und Arbeitsminister Dr. Martin Bartenstein heute, Donnerstag, in seiner Festrede vor dem 52. Österreichischen Gemeindetag in Oberwart (Burgenland). ****

Für Bartenstein ist Kommunalpolitik wie keine andere Form eine Politik mitten im Leben der Menschen. Daher liege die besondere Herausforderung und die Kernaufgabe darin, den Menschen angesichts der Internationalisierung der Welt - nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht - Heimat zu geben. Es gehe daher darum, dass die Gemeindepolitik ihre Handlungsspielräume für notwendige Reformen und Veränderungen auch ausnützt.

In diesem Zusammenhang begrüßte der Minister, dass in den letzten Jahren eine neue Generation von Bürgermeistern herangewachsen sei, die sich als moderne Gemeindemanager verstehen, als Dienstleister und Partner der Bevölkerung, und die "in der Gemeindeverwaltung und in der Gestaltung des Gemeindelebens neue Wege gehen und eine Innovationskraft an den Tag legen, von der manch andere politische Ebene nur träumen kann". Der Gemeindebund und kommunalpolitische Vereinigungen, so Bartenstein, leisten wichtige Aus- und Weiterbildungsarbeit, damit die Vielfalt der wichtigen Themen einer modernen Kommunalpolitik - ergebnisorientierte Steuerungsinstrumente, organisatorische Maßnahmen bis hin zur Entwicklung produktorientierter Strategien, Qualitätsmanagement, E-Government, Public Private Partnerships, Contracting Out, Leitbildentwicklung, Tourismusstrategie, Ansiedelungspolitik, Umweltschutz oder Infrastruktur - mit großer Professionalität behandelt werden.

Zwtl.: Gemeinden profitieren von Maßnahmen der Bundesregierung

Mit verbesserten finanziellen Rahmenbedingungen - zum Beispiel Senkung der Körperschaftssteuer und moderne Gruppenbesteuerung -, umfangreichen Investitionen in die Infrastruktur und einer Steigerung der Ausgaben für Forschung und Entwicklung zur Stärkung der Innovationskraft habe die Bundesregierung den Weg für einen starken Wirtschafts- und Arbeitsstandort und damit auch für einen starken Gemeindestandort geebnet, betonte Bartenstein. Gerade das Burgenland habe vom Wirtschaftsressort wesentliche Impulse zur Unterstützung innovativer und Technologie-orientierter Unternehmensgründungen - Technologiezentren, Kompetenzzentren und -netzwerke - erhalten. Von der burgenländischen Wirtschaft seien - so der Minister - jedes Jahr ERP-Förderungen im Ausmaß von 15 bis 20 Millionen Euro in Anspruch genommen worden. 2004 seien weiters im Rahmen des KMU-Förderprogramms der Austria Wirtschaftssysteme (AWS) Zuschüsse von 1,6 Millionen Euro zur Verfügung gestellt worden. Dazu kämen noch jährlich zwischen acht und zwölf Millionen Euro im Rahmen der unternehmensbezogenen Arbeitsmarktförderung, mit denen seit 2002 rund 1.600 Arbeitsplätze gesichert und rund 1.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden konnten. Das alles und die Bemühungen auf europäischer Ebene, das Fördergefälle zwischen dem Burgenland als derzeitigem "Ziel-1-Gebiet" und den östlichen Nachbarn in der kommenden Strukturfondsperiode gering zu halten, zeuge von den Bemühungen der Bundesregierung, dem Burgenland "einen Platz unter der Wachstumssonne" zukommen zu lassen, erklärte Bartenstein.

Österreich als ganzes liege mit einem Wirtschaftswachstum von 2,0% bis 2,3% über dem Durchschnitt der "alten" EU der 15 Staaten (1,9%), setzte der Minister fort. Gerade Wirtschaftswachstum sei der entscheidende Punkt für Beschäftigung und Wohlstand in Österreich. Daran könne auch die populistische Kapitalismuskritik - Stichwort "Heuschrecken" - nichts ändern, die aus Deutschland nach Österreich geschwappt sei. Österreich habe sich dem gegenüber auch dem Ordnungsmodell der "sozialen Marktwirtschaft" verschrieben, die sozial ausbalanciert sei ohne die Umwelt außer Acht zu lassen.

Diesem Modell sei es, so Bartenstein, auch zu verdanken, dass Österreich mit 4,6% innerhalb der EU nach Luxemburg die zweitniedrigste Arbeitslosenrate habe, bei einem EU-Durchschnitt von 8%. Hier gelte es, bestehende Jobpotenziale zu nutzen, durch Flexibilität, Liberalisierung und gezielte Strategien für Ziel- und Problemgruppen. Als besonderes Beispiel nannte Bartenstein den Pflegeschwerpunkt, in dessen Rahmen 5000 arbeitslose Personen für Pflegeberufe qualifiziert werden. Pflege und Betreuung älterer Mitmenschen sei ebenso eine Herausforderung an die Gemeinden wie die Integration der Jugend in den Arbeitsmarkt. Die Kommunen hätten ja auch bereits begonnen, ihre Beschäftigungspolitik auf spezifische Problemgruppen und Problemlagen auszurichten, wobei viele Projekte in enger Kooperation mit dem Arbeitsmarktservice abgewickelt werden, lobte Bartenstein.

Nicht zuletzt gebe das gute Ergebnis der Verhandlungen über den Finanzausgleich den Gemeinden die Möglichkeit zu vermehrten Investitionen, kam der Minister auf die Finanzgebarung zu sprechen. Laut Prognose des Finanzministeriums seien für die Gemeinden für 2005 Einnahmen in der Höhe von knapp 6,4 Milliarden Euro zu erwarten, dank eines gut verlaufenen Aufkommens im November und Dezember 2004 um rund 100 Millionen mehr als im Bundesvoranschlag vorgesehen.

Das versetze die Gemeinden in die Lage, an den Bruttoinvestitionen der Gebietskörperschaften einen Anteil von knapp 53 Prozent zu übernehmen (ohne Ausgliederungen). Investitionen in Straßen, Elektrizitätsversorgung, Wasser und den kulturellen Bereich seinen wertvolle Beiträge für den Tourismus und die davon profitierenden Wirtschaftszweige.

Österreichs Gemeinden seien daher auch das Rückgrat des Tourismus-Standortes Österreich. Dieser Wirtschaftszweig habe 2004 mit rund 117 Millionen Nächtigungen in rund 1.500 Tourismusgemeinden (Gemeinden mit mehr als 1.000 Nächtigungen pro Jahr)einen Umsatz von 18,55 Milliarden Euro und einen BIP-Anteil von rund 9% erwirtschaftet.

Gerade das Burgenland mit den Thermen- und Wellness-Standorten sei ein gelungenes Beispiel für ein breites Angebotsspektrum, das viel Nachahmer finden sollte. Es gelte aber auch, Leistungen so kostengünstig und effizient wie möglich zu erbringen. Zusammenarbeit mit privaten Anbietern - Public Private Partnerships - öffne nicht nur im Bereich der Verkehrsinfrastruktur neue Perspektiven und Handlungsspielräume. Dennoch dürfe die Wertschöpfungskraft der Bürgermeister nicht nur in Zahlen bemessen werden, sondern in der Lebensqualität, die sie für die Menschen in den Gemeinden erwirtschaften, erklärte Bartenstein.

"Die lokale Verankerung von Politik ist von entscheidender Bedeutung, daher weiß die Bundesregierung Ihre Arbeit außerordentlich zu schätzen, und ich danke Ihnen allen für Ihr Engagement und Ihre Veränderungsbereitschaft" erklärte Bartenstein abschließend zu den versammelten Gemeindevertretern.

Rückfragehinweis:
Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit
Ministerbüro: Dr. Ingrid Nemec, Tel: (++43-1) 71100-5108
Referat Presse: Dr. Harald Hoyer, Tel: (++43-1) 71100-2058
mailto:presseabteilung@bmwa.gv.at

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS ***

OTS0194 2005-06-03/12:24

031224 Jun 05

OTS0168 5 II 0437 OGB0003 Fr, 03.Jun 2005

Kommunales/Politik/Veranstaltung/Burgenland

Mödlhammer 2: Ausdünnung der Regionen ist Nährboden für EU-kritische Stimmung der Bevölkerung

Utl.: Infrastruktur, Kinderbetreuung und Verfassung als Hauptthemen
des Gemeindetages =

Oberwart (OTS) - Einen weiteren Aspekt der Infrastrukturdebatte brachte Gemeindebund-Präsident Bgm. Helmut Mödlhammer in seiner Rede am Gemeindetag 2005 in Oberwart ein. "Die Ausdünnung der Regionen führt auch dazu, dass die EU-kritische Stimmung wächst", so Mödlhammer. Die Referenden in Frankreich und den Niederlanden hätten bewiesen, dass vor allem dort, wo ländliche Gebiete infrastrukturell benachteiligt sind, die EU-kritische Stimmung besonders groß sei. "Die Ausdünnung des ländlichen Raums ist also auch ein Nährboden für eine Anti-Europa-Stimmung", so Mödlhammer.****

Mödlhammer warnte eindringlich vor dieser Entwicklung und verwies erneut auf seine Forderung nach einem Masterplan für Infrastruktur. "Wir sehen uns hier als Anwälte der Bürgerinteressen. Den Bürgern macht die Entwicklung Angst und diese Angst kanalisiert sich dann auch in Abstimmungen, wie sie nun in Frankreich oder den Niederlanden stattgefunden hätten. "Es wäre schade um das großartige Projekt eines vereinten Europas", so Mödlhammer. "Die Politik muss aber zur Kenntnis nehmen, dass dieses Europa nur von unten nach oben wachsen kann, von oben vorgegebene Maßnahmen der EU-Bürokraten werden nicht die Akzeptanz der Bevölkerung finden." Gerade in diesem Zusammenhang sei vor allem die Daseinsvorsorge zu nennen. "Grundbedürfnisse der Bürger wie die Wasserversorgung, die Abwasser- und Müllentsorgung und viele weitere Dinge, kann man nicht privatisieren. Sie müssen in der Hand der Gemeinden bleiben."

Gemeinden mit Kosten nicht alleine lassen

Aus aktuellem Anlass sprach Mödlhammer auch die diskutierte Nachmittagsbetreuung an Österreichs Pflichtschulen an. "Wir haben grundsätzlich nichts gegen die Betreuung von Schulkindern auch am Nachmittag. Es muss aber sichergestellt werden, dass die Gemeinden, die ja Schulerhalter sind, mit den daraus entstehenden Kosten nicht allein gelassen werden. Wir reden hier von erheblichen Summen, denn es geht ja nicht nur um die Bezahlung der Lehrer, sondern auch um die Errichtung und Adaptierung der notwendigen Räumlichkeiten oder die Durchführung der Schülertransporte. All das sind Fragen, die derzeit noch offen sind und die wir mit der zuständigen Ministerin verhandeln."

Dank an burgenländische Landesverbände

Abschließend bedankte sich Mödlhammer ausdrücklich bei den Organisatoren des Österreichischen Gemeindetages, den beiden burgenländischen Landesverbänden. "Ich weiß aus eigener Erfahrung, welch große Herausforderung ein solcher Gemeindetag ist. Die burgenländischen Landesverbände sind personell die kleinsten in Österreich, ihre Leistung und perfekte Durchführung des Gemeindetages in der Sonnenstadt Oberwart hat uns alle beeindruckt und ich danke - stellvertretend für alle, die daran beteiligt waren - den beiden Präsidenten Ernst Schmid und Leo Radokovits. Wir fühlen uns in Oberwart unheimlich wohl und genießen den Aufenthalt hier im Südburgenland sehr."

Der Gemeindetag endet heute, Freitag Mittag.

Rückfragehinweis:
Österreichischer Gemeindebund
Daniel Kosak (Pressesprecher)
Tel.: 0676 / 53 09 362
Mail: daniel.kosak@gemeindebund.gv.at

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS ***

OTS0168 2005-06-03/11:47

031147 Jun 05

Kommunales/Politik/Veranstaltung/Burgenland

Mödlhammer 1: "Gemeindetag ist eindrucksvolle Demonstration der Geschlossenheit"

Utl.: Mehr als 2.000 Teilnehmer am Gemeindetag 2005 in Oberwart =

Oberwart (OTS) - Zu einer eindrucksvollen Demonstration der Geschlossenheit der österreichischen Gemeinden und ihrer Bürgermeisterinnen und Bürgermeister gerät der Gemeindetag 2005 im burgenländischen Oberwart, der heute seinen Höhepunkt in der Festveranstaltung in der Messehalle von Oberwart fand. "Dieser Gemeindetag zeigt uns, mit welcher Ernsthaftigkeit, Stärke und Zuversicht die Gemeinden die Herausforderungen der Zukunft annehmen", sagte Gemeindebund-Präsident Bgm. Helmut Mödlhammer in seiner Rede vor den rund 2.000 Gemeindevertretern. ****

Zu Beginn seiner Rede verwies Mödlhammer anlässlich des Gedankenjahres auch auf die historischen Leistungen, die die Gemeinden beim Wiederaufbau des Landes erbracht haben. "Es werden immer wieder die Väter dieses Wiederaufbaus genannt, man soll aber auch einmal sagen, dass der Wiederaufbau von tausenden Gemeindevertreterinnen und -vertretern getragen wurde, deren Namen nicht in den Geschichtsbüchern stehen und die in schwerster Zeit Verantwortung übernommen haben. Ihnen gilt ganz besonders unser Dank und unsere Anerkennung."

Gemeinden sind Motoren der Regionen und größter öffentlicher Investor

"Heute", so Mödlhammer weiter, "stehen die Gemeinden vor gewaltigen Herausforderungen, die es zu lösen gilt. Wir haben in den letzten Monaten, unter anderem mit dem erfolgreichen Finanzausgleich, eine hervorragende Bilanz, über die wir uns auch freuen sollen. Wir dürfen aber nicht die Augen vor den großen Aufgaben verschließen, die vor uns liegen." Vor allem der ländliche Raum, so der Präsident, sei zunehmend von Infrastrukturproblemen bedroht. "Wir dürfen und werden nicht zulassen, dass nach der Schließung vieler Postämter, der diskutierten Reduktion von Bezirksgerichten und der befürchteten Schließung von Kasernen, der Kahlschlag im ländlichen Raum weitergeht. Die Politik muss wissen: Wer den ländlichen Raum aushöhlen will, der wird bitter mit dem Verlust von Wirtschaftskraft und Arbeitsplätzen bezahlen müssen. Dies kann wohl kaum im Interesse der politisch Verantwortlichen liegen", so Mödlhammer.

Gemeinden fordern Masterplan für Infrastruktur

Mödlhammer kritisierte in diesem Zusammenhang vor allem die fehlende Koordination von Infrastrukturmaßnahmen. "Jeder Minister, jedes Ressort legt seine Sparpläne einzeln und ohne Blick für das Gesamte vor. Es fehlt der Blick über den Tellerrand, es fehlt der Blick für die Regionen in ihrer Gesamtheit." Nur mit einem koordinierten Masterplan für Infrastruktur, der sich auch, aber nicht nur nach ökonomischen Kriterien richte, könne man die Infrastrukturprobleme der ländlichen Regionen lösen.

Mödlhammer zitierte auch die Ergebnisse einer Gallup-Umfrage des Gemeindebundes, in der jene Themen erhoben wurden, die die Bewohner von Gemeinden als vordringlich erachten. "Hier hat sich gezeigt, dass die aktuell diskutierte Kinderbetreuung am Nachmittag ganz oben im Ranking der zu lösenden Probleme stehen. An zweiter Stelle stehen schon Umweltmaßnahmen, dicht gefolgt von der Seniorenbetreuung." Diese Umfrage beweist uns, dass wir in unserer Prioritätensetzung richtig liegen und es wichtig ist, dass wir unsere Stimme erheben, wenn es um diese Fragen geht. Auch die Position der Bürgermeister sei bei dieser Umfrage erhoben worden. "Beeindruckende 71 Prozent der Bevölkerung sind der Meinung, dass die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister die Interessen der Bevölkerung am besten und effizientesten vertreten. Die Landespolitik kommt in dieser Umfrage nur auf 18 Prozent, die Bundespolitiker gar nur auf vier Prozent." Dies sei ein hervorragendes Zeugnis für die Bürgermeister und rechtfertige deren Selbstbewusstsein, das sie auch hier am Gemeindetag demonstrieren. (Forts.)

Rückfragehinweis:
Österreichischer Gemeindebund
Daniel Kosak (Pressesprecher)
Tel.: 0676 / 53 09 362
Mail: daniel.kosak@gemeindebund.gv.at

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS ***

OTS0119 2005-06-03/10:54

031054 Jun 05

OTS0116 5 II 0225 OGB0001 Fr, 03.Jun 2005

Kommunales/Politik/Veranstaltung/Burgenland

Gemeindetag 2005 mit hochkarätigen Gästen

Utl.: BP Fischer, BM Bartenstein und bayrischer Europaminister zu Gast beim Gemeindetag 2005 in Oberwart =

Oberwart (OTS) - Mit mehr als 2.000 Teilnehmern und hochkarätiger Prominenz ist der 52. Gemeindetag 2005 in der burgenländischen Messestadt Oberwart die größte kommunalpolitische Veranstaltung des Landes. ***

Als Gastredner besuchte Bundespräsident Dr. Heinz Fischer, der am Vortag aus Lateinamerika zurückgekehrt ist, den Gemeindetag. Mittlerweile gehört der Besuch des Bundespräsidenten schon zu einer wertvollen Tradition der jährlich stattfindenden Gemeindetag. Auch Fischers Amtsvorgänger Dr. Thomas Klestil, war mehrfach Gast bei den Gemeindetagen der vergangenen Jahre.

Als Hauptredner für den Gemeindetag mit dem Motto "Gemeinden: Bausteine der Republik - Motoren der Regionen" konnte der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit, Dr. Martin Bartenstein, gewonnen werden.

Ein kurzes Impulsreferat wird der bayrische Europaminister Eberhard Sinner halten, dies demonstriert auch die Aufmerksamkeit, mit der die Gemeinden die Entwicklungen in einem zusammenwachsenden Europa beobachten.

Nahezu vollständig anwesend ist die burgenländische Landesregierung, an ihrer Spitze Landeshauptmann Hans Niessl und sein Stellvertreter LR Mag. Franz Steindl.

Die Bundesregierung wird, neben BM Bartenstein, von den Staatssekretären Mag. Karl Schweitzer und Sigisbert Dolinschek vertreten.

Hauptakteure des Gemeindetages sind naturgemäß die Vertreter der österreichischen Gemeinden, die Präsidenten der Landesverbände, an ihrer Spitze Bgm. Helmut Mödlhammer und Generalsekretär Dr. Robert Hink. (Schluß)

Rückfragehinweis:
Österreichischer Gemeindebund
Daniel Kosak (Pressesprecher)
Tel.: 0676 / 53 09 362
Mail: daniel.kosak@gemeindebund.gv.at

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS ***

OTS0116 2005-06-03/10:51

031051 Jun 05

APA0327 5 II 0261 Siehe APA0290/01.06 Mi, 01.Jun 2005

Kommunales/Bürgermeister/Finanzen/Gemeindebund/Umfrage

Gemeindetag: Bürgermeister sollen besser bezahlt werden

Utl.: Mödlhammer fordert zumindest eine soziale Absicherung =

Wien (APA) - Die Bürgermeister sollen besser bezahlt werden oder zumindest eine sozialrechtliche Absicherung erhalten. Diese Forderung hat Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer (V) auf einer Pressekonferenz in Wien im Vorfeld des kommenden Gemeindetages erhoben. Derzeit betrage das durchschnittliche Nettoeinkommen eines Bürgermeisters zwischen 1.200 bis 1.500 Euro pro Monat. In vielen Gemeinden sei es daher bereits schwierig, geeignete Kandidaten für die Kommunalpolitik zu finden, so Mödlhammer.

Die Anforderungen an Bürgermeister haben sich laut Mödlhammer in den letzten Jahren grundlegend geändert. Durch neue kommunale Aufgaben habe sich eine Entwicklung von der reinen Repräsentations-und Verwaltungstätigkeit zum Manager der Gemeinde vollzogen. "Viele Bürgermeister sind heute auch noch Psychotherapeuten und Beichtvater der Gemeinden." Das Bürgermeisteramt sei heute längst nicht mehr bloß ein Nebenberuf.

Nach einer vom Gemeindebund in Auftrag gegebenen Umfrage hat das Gallup-Institut ermittelt, dass 71 Prozent der Bürger glauben, die Bürgermeister vertreten ihre Interessen am Besten und effizientesten. Landespolitiker kamen auf 18 Prozent, Bundespolitiker nur auf vier.

Angesichts der schlechten Bezahlung und der hohen Anforderungen geben 68 Prozent der Bevölkerung an, dass sie nicht bereit wären, das Amt des Bürgermeisters anzustreben bzw. zu übernehmen. "Wir müssen beginnen, darüber nachzudenken, ob wir dauerhaft unter diesen Bedingungen tatsächlich die besten Politiker für diese Ämter gewinnen können", so Mödlhammer. Nachdem im Zuge der Gehälterdebatte für Politiker auch die Pensions- und Abfertigungsansprüche für Bürgermeister abgeschafft wurden, fordert er in Abstimmung eine entsprechende soziale Absicherung.

Der Österreichische Gemeindetag 2005 findet Donnerstag und Freitag in der Messehalle Oberwart in Burgenland statt.
(Schluss) fpr/lm

APA0327 2005-06-01/12:24

011224 Jun 05

APA0290 5 II 0382 WI/CI *Mi, 01.Jun 2005*

Kommunales/Gemeindebund/Infrastruktur

Gemeindetag: Mödlhammer fordert "Masterplan" für Infrastruktur

Utl.: Reformen müssen regional und sozial abgestimmt werden =

Wien (APA) - Der Gemeindebund fordert einen "Masterplan" für Infrastruktur. Gemeindebund-Präsident, Helmut Mödlhammer (V), erklärte am Mittwoch in einer Pressekonferenz, die geplanten Reformen - wie die Schließungen von Postämtern, Bezirksgerichten und Kasernen sowie die Stilllegung unrentabler Nebenbahnen - müssten "regional und sozial abgestimmt" werden. "Diese Ressort übergreifende Abstimmung vermisse ich", so Mödlhammer.

Beim kommenden Gemeindetag am Donnerstag und Freitag im burgenländischen Oberwart werde dieses Thema auch im Mittelpunkt der Beratungen der 1.800 Teilnehmer stehen. Der Masterplan soll verhindert, "dass immer schwächere Regionen zurückbleiben". Erarbeitet werden soll der Plan von einer Arbeitsgruppe, in dem Vertreter aller involvierten Ministerien vertreten sein sollen. "Die Zeit der Einzelschritte muss vorbei sein", so Mödlhammer. Die Auswirkungen der Schließungs- und Stilllegungspläne auf Gemeinden und Regionen müssten geprüft und berechnet werden. "Wir wollen verhindern, dass neben immer reicheren Zentralräumen ein weites Feld verarmter, ausgedünnter ländlicher Regionen zurückbleibt."

Nach der zweiten Schließungswelle haben laut Mödlhammer bereits ein Drittel der Gemeinden ihr Postamt verloren. "Das ist kein Problem der Bürgermeister, sondern eine Sorge der Bevölkerung." Der Gemeindebund will jedenfalls beim neuen Postgesetz entsprechend mitreden. "Wir wollen eine dritte Schließungswelle verhindern", so Mödlhammer.

Auch bei den Bezirksgerichten drohe eine zweite Schließungswelle. Mödlhammer lehnte den Grundsatz "ein Gericht pro Bezirk" strikt ab, weil dieser den regionalen Gegebenheiten nicht gerecht werde. Weiters sei ein Drittel der Kasernenstandorte in Gefahr, was ebenfalls für die wirtschaftliche Situation vieler Gemeinden eine Gefahr darstelle. Das gleiche gelte für das geplante Aus für unrentable Nebenbahnen. Der Gemeindebund spricht sich schließlich auch gegen die Pläne des Bildungsministeriums aus, Kleinschulen unter fünf oder acht Klassen die Verwaltung, also die Direktion, wegzunehmen.

Verhandlungen führt der Gemeindebund mit dem Bildungsministerium derzeit auch noch über die geplante flächendeckende Nachmittagsbetreuung für Pflichtschüler. "Die Kostenfrage ist noch nicht geklärt. Daher haben wir den Konsultationsmechanismus ausgelöst. Ohne uns Gemeinden als Schulerhalter wird da nichts gehen", so Mödlhammer. Eines sei klar: "Das wird eine teure Angelegenheit." Die Kosten für die Nachmittagsbetreuung bezifferte er mit 500 bis 1.000 Euro pro Kind und Jahr. Der Bedarf liege bei 10.000 Plätzen. Mödlhammers Wunsch: Die vom Ministerium geplanten zusätzlichen acht Millionen Euro sollten den Gemeinden überlassen werden, damit diese die Betreuung selbst organisieren können. "Wir können mit dem Geld das Maximum herausholen", ist der Gemeindebund-Präsident überzeugt.
(Schluss) lm/ws

APA0290 2005-06-01/11:58

011158 Jun 05

OTS0067 5 II 0349 NRK0008 CI Mi, 01.Jun 2005

Kommunales/Politik/EU/Balkan/Städtebund/Pramböck

Städtebund: Europäischer Gemeindetag 2006 in Innsbruck!

Utl.: Europa-Gemeindetag widmet sich Daseinsvorsorge - Städtebund
veranstaltet im Herbst 2005 Balkan-Konferenz =

Wien (OTS) - Im Rahmen des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE) beim Europarat wurde am Dienstag das Konzept für den Europäischen Gemeindetag 2006 am Sitz des Europarates in Straßburg vorgestellt. "Wir erwarten vom 10.-12. Mai 2006 rund 1000 Kommunalvertreter aus ganz Europa. Nicht zuletzt die EU-Präsidentschaft Österreichs im ersten Halbjahr wird zu einer starken medialen Beachtung dieser kommunalen und regionalen Spitzentagung beitragen", zeigte sich Innsbrucks Bürgermeisterin Hilde Zach überzeugt.

Bei der Vorstellung waren neben Zach u.a. Landeshauptmann Herwig van Staa, KGRE-Präsident Giovanni Di Stasi, Österreichs Generalkonsulin in Straßburg, Andrea Ikic-Böhm, sowie Städtebund-Generalsekretär Erich Pramböck vertreten.

Zwtl.: Daseinsvorsorge als Tagungsschwerpunkt

"Die Dienste von allgemeinem Interesse - also die Daseinsvorsorge auf lokaler und kommunaler Ebene (Wasser, Abfall etc.) - werden den inhaltlichen Tagungsschwerpunkt bilden. Europa muss seinen Bürgern hier klare Signale geben, dass die Daseinsvorsorge ein unverzichtbarer Teil des europäischen Gesellschafts- und Sozialmodells ist. Das Referendum in Frankreich hat gezeigt, dass die EU hier noch viel Mißtrauen abbauen und im Sinne der Menschen sowie ihrer alltäglichen Interessen greifbarer werden muss", so Pramböck.

"Erfolgt auf EU-Ebene keine Korrektur, so werden Dienste der Daseinsvorsorge über kurz oder lang ausschreibungspflichtig und sind damit vollkommen den Marktkräften ausgesetzt. Die Kommunen

werden sicher nicht auf die Kompetenz Privater verzichten, wollen aber Wahlfreiheit und lehnen Zwangsausschreibungen eindeutig ab", meinte Städtebund-Generalsekretär Erich Pramböck.

Zwtl: Balkankonferenz des Städtebundes im Oktober in Wien

Bei dieser Gelegenheit machte der Städtebund-Generalsekretär auch auf eine geplante Balkan-Konferenz des Städtebundes vom 14. bis 15. Oktober in Wien aufmerksam. "Der Balkan braucht die Rückversicherung, dass sich Europa auf all seinen Ebenen mit den Problemen in der Region befasst. Der Städtebund wird daher seinen Know-how-Transfer nach Südosteuropa sukzessive verstärken", erklärte Pramböck. Gerade auf kommunaler Ebene könne man rasch konkrete Ergebnisse und Verbesserungen erreichen. Österreichs Städte und Bürgermeister seien im Rahmen von zahlreichen Projekten schon seit vielen Jahren in der Region aktiv.

Allgemeine Informationen:
o Österreichischer Städtebund: http:/www.staedtebund.at/

(Schluss) wh

Rückfragehinweis:

~
PID-Rathauskorrespondenz:
http://www.wien.at/vtx/vtx-rk-xlink/
Österreichischer Städtebund
Mag. Wolfgang Hassler
Tel.: 4000/89 990
Handy 0664-826 89 98
mailto:w.hassler@stb.or.at
~

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS ***

OTS0067 2005-06-01/10:24

011024 Jun 05

OTS0009 5 II 0094 OGB0001 Mi, 01.Jun 2005

Termin/Pressekonferenz/Kommunales/Gemeindebund

ERINNERUNG: HEUTE: Pressekonferenz des Österreichischen Gemeindebundes

Utl.: AVISO =

Wien (OTS) - Der Österreichische Gemeindebund erlaubt sich, die Kolleginnen und Kollegen von Presse, Hörfunk und Fernsehen sehr herzlich zu nachstehender Pressekonferenz einzuladen. ****

Termin: Mittwoch, 1.Juni 2005, 10.00 Uhr
Ort: Cafe Landtmann (Löwelzimmer)

Teilnehmer: Bgm. Helmut Mödlhammer (Präsident des Österreichischen Gemeindebundes)

Themen:
Österreichischer Gemeindetag 2005 in Oberwart
Infrastruktur-Maßnahmen für Österreich
Präsentation einer aktuellen Gallup-Blitzumfrage

Der Österreichische Gemeindebund freut sich auf Ihr Kommen!

Rückfragehinweis:

~
Österreichischer Gemeindebund
Daniel Kosak (Pressesprecher)
Tel.: +43 1 512 14 80 - 18
Mobil: 0676 / 53 09 362
Mail: daniel.kosak@gemeindebund.gv.at
www.gemeindebund.at
~

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS ***

OTS0009 2005-06-01/08:05

010805 Jun 05

OTS0029 5 II 0093 OGB0001 Di, 31.Mai 2005

Pressenkonferenz/Termin/Kommunales/Mödlhammer

MORGEN: Pressekonferenz des Österreichischen Gemeindebundes

Utl.: AVISO =

Wien (OTS) - Der Österreichische Gemeindebund erlaubt sich, die Kolleginnen und Kollegen von Presse, Hörfunk und Fernsehen sehr herzlich zu nachstehender Pressekonferenz einzuladen. ****

Termin: Mittwoch, 1.Juni 2005, 10.00 Uhr

Ort: Cafe Landtmann (Löwelzimmer)

Teilnehmer: Bgm. Helmut Mödlhammer (Präsident des Österreichischen Gemeindebundes)

Themen:

Österreichischer Gemeindetag 2005 in Oberwart
Infrastruktur-Maßnahmen für Österreich
Präsentation einer aktuellen Gallup-Blitzumfrage

Der Österreichische Gemeindebund freut sich auf Ihr Kommen"

Rückfragehinweis:

~
Österreichischer Gemeindebund
Daniel Kosak (Pressesprecher)
Tel.: +43 1 512 14 80 - 18
Mobil: 0676 / 53 09 362
Mail: daniel.kosak@gemeindebund.gv.at
www.gemeindebund.at
~

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS ***

OTS0029 2005-05-31/09:08

310908 Mai 05

OTS0014 5 II 0251 OGB0001 Mo, 30.Mai 2005

Kommunales/Politik/Termin/Veranstaltung/Burgenland

Einladung: Österreichischer Gemeindetag 2005 in Oberwart

Utl.: Treffen von 1.800 Bürgermeistern und Gemeindevertretern =

Wien (OTS) - Der Österreichische Gemeindebund und seine beiden burgenländischen Landesverbände laden die Kolleginnen und Kollegen von Presse, Hörfunk und Fernsehen sehr herzlich zum 52. Gemeindetag von 1. bis 3. Juni in Oberwart ein. ****

Mit mehr als 1.800 Teilnehmern, vorwiegend Bürgermeister und Gemeindevertreter, ist der jährlich stattfindende Österreichische Gemeindetag die mit Abstand größte kommunalpolitische Veranstaltung Österreichs. Als Redner werden für den 3. Juni u.a. Bundespräsident Dr. Heinz Fischer, Wirtschaftsminister Dr. Martin Bartenstein, der bayrische Europaminister Eberhard Sinner und Gemeindebundpräsident Bgm. Helmut Mödlhammer erwartet. Das Motto des Gemeindetages lautet heuer "Gemeinden: Bausteine der Republik - Motoren der Regionen".

Das Programm im Überblick:

1. Juni (10.00 Uhr):
Pressekonferenz mit Bgm. Helmut Mödlhammer in Wien (Cafe Landtmann)

1. Juni (15.30):
Bundesvorstand des Österreichischen Gemeindebundes in Oberwart
(nicht öffentlich)

2. Juni (11.00 Uhr):
Offizieller Beginn des Gemeindetages, Eintreffen der Delegierten

3. Juni (08.30):
Pressekonferenz mit Präs. Mödlhammer, Präs. Schmid, Präs. Radakovits in Oberwart (Inform-Halle, Messezentrum)

3. Juni (09.30):
Festveranstaltung u.a. mit BP Fischer, BM Bartenstein, bayr. Europaminister Sinner, Präsident Bgm. Helmut Mödlhammer

Das genaue Programm können Sie auf der Seite www.gemeindetag2005.at nachlesen.

Bitte beachten Sie, dass der Zutritt zu den Veranstaltungen des Gemeindetages 2005 in Oberwart ausnahmslos nur mit einer Presse-Akkreditierung möglich ist, die Sie bis 31. Mai (14.00 Uhr) unter daniel.kosak@gemeindebund.gv.at anfordern können.

Der Österreichische Gemeindebund freut sich auf Ihr Kommen!

Rückfragehinweis:

~
Österreichischer Gemeindebund
Daniel Kosak (Pressesprecher)
Tel.: +43 1 512 14 80 - 18
Mobil: 0676 / 53 09 362
Mail: daniel.kosak@gemeindebund.gv.at
www.gemeindebund.at
~

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS ***

OTS0014 2005-05-30/08:15

300815 Mai 05

APA0183 5 II 0329 *Sa, 29.Jän 2005*

Wahlen/Gemeinderat/Investitionen/ÖVP/Steiermark

Steirische VP zieht mit Positiv-Kampagne in Kommunalwahlen

Utl.: Klasnic-Partei beschwört bei Gemeindetag "Ja zur Steiermark" -
Knapp 300 Mio. Euro für Spielberg-Ersatzprojekte =

Graz (APA) - "Ja zur Steiermark" zierte die Ansteckknöpfe, die das positive Arbeiten der ÖVP für das Land hervorstreichen sollten. Die zuletzt in einige Turbulenzen geratene steirische Volkspartei präsentierte sich am Samstag vor rund 800 kommunale Funktionärinnen und Funktionäre im obersteirischen Knittelfeld zum Auftakt für die Gemeinderatswahlen am 13. März selbstbewusst: Man lasse sich die eigenen Leistungen nicht durch die Mitbewerber "madig"machen, so der Tenor. Das "Projekt Spielberg" spielte nur am Rande: Neuerlich gab es Zusagen für Ersatzinvestitionen.

Die "rote" Eisenbahner-Stadt Knittelfeld ist ein politisch symbolträchtiges Pflaster - für den kleinen Koalitionspartner im Bund geschichtsträchtig, für die eigene Landespolitik nach dem Scheitern des Red Bull-Projekts im nahen Spielberg ein aktueller Brennpunkt. Der Veranstaltungsort stand schon vor dem "Aus" des 700-Mio.-Projekts fest - bewusst sei man dabei geblieben, um Flagge zu zeigen, so Landesgeschäftsführer Andreas Schnider. Tatsächlich bildete "Spielberg" nur ein Randthema mit keinen Neuigkeiten: Landesparteichefin Landeshauptfrau Waltraud Klasnic bestätigte, dass die für das "Projekt Spielberg" reservierten 90 Mio. Invest-Förderungen von Bund und Land für Alternativprojekte in der Region erhalten bleiben. Dazu kommen 100 Mio. Euro aus dem ERP-Fonds und 100 Mio. Euro Haftungsübernahmen über die Austrian Business Agency. "Knapp 300 Millionen liegen damit bereits am Tisch", rechnete Wirtschaftsminister Martin Bartenstein zusammen.

"Wir wollen den Negativ-Kampagnen positiv begegnen", war die ausgegebene Generallinie, die darauf abstellte, die Erfolge in den Bereichen Wirtschaft, Arbeitsplätze und Soziales ins rechte Licht zur rücken. Ergänzt wurde das Bekenntnis "Starke Gemeinden, starkes Land" um "sichere Heimat": Das Thema "Sicherheit im umfassenden Sinn" soll transportiert werden, ihm ist auch eine neu aufgelegte Broschüre gewidmet.

"Wir sind die Bürgermeisterpartei", gibt sich die Partei um Klasnic selbstsicher: Immerhin hat man 391 von 541 Bürgermeister, davon elf -innen, und 4.000 Mandatarinnen und Mandatare in Gemeinderäten. Traditionell hält die ÖVP die unterste politische Ebene hoch: Im Vorfeld wurden überall offene Ortsparteitage abgehalten, über die Jahre wurde den Funktionären Trainingsprogramme und den Gemeinden die Moderation von "Vor Ort am Wort"-Stammtische angeboten, deren Wirkung nun am 13. März evaluiert werden soll.
(Schluss) wp/dru

APA0183 2005-01-29/13:28

291328 Jän 05